



Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 10. Juni d. J. dem Rathsfreier des Kreisgerichtes in Cilli Adolf Pramberger in Anerkennung seiner sehr ersprießlichen Dienstleistung den Titel und Charakter eines Landesgerichtsrathes allergnädigst zu verleihen geruht.

Glasfer m. p.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 5. Juni d. J. den Canonicus und Temporalienverwalter des Collegiatcapitels zu Straßburg und Stadtpfarrer daselbst, Anton Ehrlich, zum Domherrn des Gurker fürstbischöflichen Domcapitels allergnädigst zu ernennen geruht.

Stremayr m. p.

Der Finanzminister hat den Steuerinspektor Leopold Burgarell zum Steuer-Oberinspektor für den Bereich der Finanz-Landesdirection in Graz ernannt.

Am 15. Juni 1878 wurden in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien die italienische, böhmische, polnische, ruthenische, slovenische, kroatische und romanische Ausgabe der am 1. und 10. Mai 1878 vorläufig bloß in der deutschen Ausgabe erschienenen Stücke XIV und XV des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet.

Das XIV. Stück enthält unter:

- Nr. 34 das Gesetz vom 5. April 1878 über die Veräußerung einiger Objekte des unbeweglichen Staats Eigenthumes;
- Nr. 35 den Erlaß des Finanzministeriums vom 15. April 1878, betreffend die Gestattung der Abfertigung von Siredenzugsgütern im Ansaßverfahren bei den in den Eisenbahnhöfen aufgestellten k. k. Zollämtern Jägerndorf und Bodenbach;
- Nr. 36 die Verordnung des Finanzministeriums vom 26. April 1878, betreffend die Errichtung eines Steuer- und gerichtlichen Depositenamtes zu Mladno in Böhmen;
- Nr. 37 die Verordnung des Finanzministeriums vom 28. April 1878, betreffend das Verbot der Ausfuhr von Torpedos, auch im zerlegten Zustande;
- Nr. 38 die Verordnung des Handelsministers vom 30. April 1878, betreffend die Abänderung des durch das Betriebsreglement vom 10. Juni 1874 (R. G. Bl. Nr. 75) vorgeschriebenen Frachtbrief-Formulares.

Das XV. Stück enthält unter:

- Nr. 39 die Kundmachung des Handelsministeriums vom 30. April 1878, betreffend die Abänderung einiger concessionsmäßigen Tarifbestimmungen der k. k. priv. Kaiser Franz-Joseph-Bahn;
- Nr. 40 die Verordnung des Ministeriums des Innern vom 8ten Mai 1878, betreffend die Vergütung der Kosten der von der k. k. Landwehr für Zwecke der Zivilverwaltung beigestellten Affistzen.

(„Wr. Btg.“ Nr. 137 vom 15. Juni 1878.)

Am 16. Juni 1878 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das XXI. Stück des Reichsgesetzblattes, vorläufig bloß in der deutschen Ausgabe, ausgegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter:

- Nr. 55 das Gesetz vom 16. April 1878, wodurch das Ministerium der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder zum Abschlusse eines Uebereinkommens wegen Vermehrung der Kupfermünzen mit dem Ministerium der Länder der ungarischen Krone ermächtigt wird;
- Nr. 56 den Erlaß des Ackerbauministers vom 7. Juni 1878, betreffend einige Aenderungen des Statuts für die Verwaltung der k. k. gr.-or. Religionsfondsgüter;
- Nr. 57 die Verordnung des Finanzministeriums vom 15. Juni 1878, betreffend das Verbot der Ausfuhr von Maulthieren.

(„Wr. Btg.“ Nr. 138 vom 16. Juni 1878.)

Nichtamtlicher Theil.

Oesterreichischer Reichsrath.

398. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 15. Juni.

Freiherr v. Scharschmid referirt über das Einführungsgesetz, betreffend die Errichtung und das Privilegium der österreichisch-ungarischen Bank, und empfiehlt die Annahme der Vorlage.

Abg. Fuz (aus Währen) fragt den Referenten, ob die deutsche und die ungarische Textirung dem materiellen Inhalte nach identisch seien, und ob insbesondere bezüglich der Artikel 25 und 40 eine volle Uebereinstimmung herrsche.

Freiherr v. Scharschmid erklärt, daß die Hauptdifferenzen bereits vom ungarischen Reichstage befeitigt seien.

Finanzminister Freiherr De Pretis theilt mit, daß bei den Verhandlungen der beiden Regierungen ausschließlich nur der deutsche Text maßgebend war.

Lienbacher meint, die bestehenden Differenzen seien doch bedeutend, und es sei von Ungarn nicht zu erwarten, daß es den deutschen Text anerkenne. So heißt es z. B. in diesem, daß der Generalsekretär bei den Directionssitzungen anwesend sein und eine beratende Stimme ausüben dürfe, während er nach der ungarischen Fassung zwar dabei sein, aber gar keine Stimme haben solle. Er verlangt daher eine Ausgleichung der Differenzen, ehe das Einführungsgesetz genehmigt werden könne.

Dr. Schaup spricht im selben Sinne.

Dr. Eduard Sueß ist der Anschauung, daß das Abgeordnetenhaus nichts anderes thun könne, als sein Gesetz in deutscher Sprache zu erlassen, in der Voraussetzung und Bedingung, daß in Ungarn ein identisches zu Stande komme.

Dr. v. Plener betont nochmals die bestehenden Differenzen.

Wolfrum weist nach, daß der ungarische Text dem Sinne nach doch dem deutschen entspreche.

Nachdem noch Dr. Schaup und Lienbacher ihre früheren Aufstellungen erneuert, beantragt Fuz, die Beschlußfassung über das Einführungsgesetz so lange zu vertagen, bis beide Regierungen die Vereinbarung getroffen haben, daß nur der deutsche Text als allein maßgebend und authentisch gelten solle.

Dr. Prajak findet darin eine Provocation Ungarns.

Nachdem noch der Referent Baron Scharschmid gesprochen, wird bei der Abstimmung der Antrag Fuz abgelehnt und das Eingehen in die Spezialdebatte beschlossen.

Bei § 1 motiviert Dr. Hoffer die Nothwendigkeit einer Zweidrittelmajorität, da es sich um eine Verfassungsänderung handle.

Präsident Dr. Rechbauer weist nach, daß dies nicht der Fall sei und daß das Haus bei dem Bankstatut nur sein verfassungsmäßiges Recht ausübe.

Nach einigen Bemerkungen von Dr. Ritter von Grocholski und Dr. Hoffer wird zur einfachen Abstimmung geschritten und § 1 mit 145 gegen 65 Stimmen angenommen. Die übrigen Paragraphe werden ohne Debatte genehmigt und das Einführungsgesetz auch in dritter Lesung bei namentlicher Abstimmung mit 147 gegen 75 Stimmen angenommen.

Ohne jede Debatte beschließt das Haus hierauf folgende Gesetze: den Entwurf, betreffend die Besteuerung von Wein und Most in Boralberg und Liechtenstein; den Entwurf, betreffend das Ratenbriefwesen, und die Entwürfe, betreffend die Abänderung von Landgemeinde-Wahlbezirken in Böhmen, Krain und Galizien.

Dr. Beer referirt namens des Steuerreformauschusses und beantragt die Anwendung des Gesetzes vom 30. Juli 1867, wonach der Ausschuß auch nach Schluß der Session in Permanenz bleiben soll.

Lienbacher beantragt, die Angelegenheit bis in den Herbst zu vertagen.

Dr. R. v. Krzeczunowicz bedauert, wenn man der neuen Session die Erbschaft der bisherigen Steuerreformarbeiten übergeben würde, und erklärt sich gegen den Antrag des Ausschusses.

Finanzminister Freiherr de Pretis macht aufmerksam, daß die Steuerreform schon seit 24 Jahren geplant werde, daß es doch nicht wünschenswerth sei, die Summe der schon angewendeten Arbeit zu verlieren, und daß das Haus selbst in seiner Adresse von 1873 auf die Dringlichkeit der Steuerreform plaidiert habe.

Nach einer Replik von Lienbacher und dem Schlußwort des Referenten Dr. Beer wird der Vertagungsantrag Lienbachers bei namentlicher Abstimmung mit 106 gegen 95 Stimmen abgelehnt, ebenso aber auch Absatz 1 des Ausschußantrages, womit der Gegenstand entfällt.

Die nächste Sitzung findet Montag, 17. Juni, statt.

Vom Kongresse.

Die Version, daß die Arbeiten des Kongresses mit großer Beschleunigung rasch zu Ende geführt werden dürften, wird vielfach bestritten. Vielleicht scheint gegenwärtig die Anschauung vorzuherrschen, daß — angesichts des Vorhandenseins einer Anzahl selbst nicht einmal im Prinzipie ausgetragener Fragen, welche namentlich zwischen England und Rußland noch schweben und offen sind, — die Dauer des Kongresses

mit Bestimmtheit den Zeitraum von mehreren Wochen in Anspruch nehmen wird. In vertraulichen Vorbereitungen zwischen den einzelnen Kongreßbevollmächtigten sollen die noch obwaltenden Differenzen ausgetragen werden und erst hierauf in den eigentlichen Kongreßsitzungen zum formellen Abschlusse gelangen. Die Supposition bezüglich der kurzen Dauer des Kongresses dürfte mit einer Aeußerung Lord Beaconsfields zusammenhängen, er sei hauptsächlich nach Berlin gekommen, um die leitenden europäischen Staatsmänner kennen zu lernen und mit denselben in näheren Contact zu treten. Aus dieser vom englischen Premier gemachten Bemerkung wurde auf die Absicht seiner baldigen Abreise geschlossen.

In Berlin herrscht die Ansicht, daß die seit 14. d. andauernden vertraulichen Pourparlers der Kongreßbevollmächtigten der neuerlich angeregten Distancierung der anglo-russischen Streitkräfte vor Konstantinopel gelten. Die bisherigen persönlichen Berührungen zwischen Lord Beaconsfield, dem Grafen Andrassy und dem Grafen Schuwaloff haben dem Bernehmen nach bereits eine unverkennbare gegenseitige Annäherung herbeigeführt. Insbesondere gilt dies von den beiden letztgenannten Staatsmännern. Fürst Gortschakoff ist wegen seines Gesundheitszustandes den bisher stattgefundenen vertraulichen Besprechungen fern geblieben. Man signalisiert ferner die Absicht der französischen Bevollmächtigten, in allen die Erhaltung des übrigen Theiles der europäischen Türkei so wie die Forderungen Griechenlands betreffenden Fragen auf dem Kongresse, und zwar an der Seite Englands, activer hervortreten zu wollen.

Die rumänischen Delegierten tragen sich mit dem Gedanken, beim Kongresse um die Erhebung des Fürsten von Rumänien zum Range eines Großherzogs anzufuchen. Dagegen beabsichtigt angeblich Deutschland, der Unterstützung der anderen Mächte versichert, auf dem Kongresse die Emancipation der rumänischen Juden zur Sprache zu bringen.

Angesichts der allseits beschlossenen unverbrüchlichen Geheimhaltung der Kongreßverhandlungen gerichtet es selbstverständlich ganz an verlässlichen Mittheilungen hierüber. Die Berliner Blätter beschränken sich daher in ihren spaltenlangen Berichten lediglich nur auf die Aeußerlichkeiten des Kongresses. So finden wir eine Beschreibung des Sitzungsgebäudes und des Kongreßsaales, der wir folgende Details entnehmen: „Wenn man die von Militärposten und Schutzleuten bewachten Gitterthüren des Reichskanzlerpalais durchschritten hat, gelangt man über den vornehmen Vorhof, dessen Gartenanlagen in den letzten Tagen noch ganz besonders aufgefrischt worden sind, und tritt das Sanctissimum. Die prachtvolle Marmor-Freitrepppe, die hinaufführt in die Räume des ersten Stockes, in denen der Kongreß tagt, ist mit frischen Blumen decorirt; aus mächtigen Marmorvasen sprießen acht Palmen empor. — Zunächst tritt man in ein Vorzimmer, von dem sich nicht viel mehr sagen läßt, als daß auch dieses schon die ganze Pracht und den Glanz der gesamten Einrichtung offenbart. Dann kommt man in das Zimmer der Sekretäre. Alle die „Direktoren der politischen Abtheilung“, die „wirklich Geheimen Botschaftsräthe“, die „Legationschefs“, die zur Hilfe und Unterstützung mitgebracht sind, müssen in diesem Zimmer ihr Halt machen, ebenso wie das große Publikum etwas weiter draußen vor dem Eisengitter. In den Kongreßsaal dürfen sie so wenig wie irgend ein anderer außer den neunzehn Diplomaten und den vier Sekretären. In diesem Vorsaale wird für das Sekretariat jedes der einzelnen Staaten ein besonderes Bureau aufgeschlagen, d. h. es sind hier eine Anzahl bequemer Pulte und Tische symmetrisch aufgestellt, von denen jede Gesandtschaft einen in Beschlag nehmen wird. Hier werden Baron Tomini von Rußland, Hofrath Doczi von Oesterreich, Montague Corry von England und all die anderen Diplomaten zweiter Serie für die Sitzungszeit des Kongresses ihre Werktafel aufschlagen müssen, und die schweren massiven Thüren des Kongreßsaales sorgen schon dafür, daß selbst sie nichts von dem hören, wovon nach ehrenwörtlicher Versicherung ihre Herren und Meister bis nach geschlossener Konferenz nichts verrathen dürfen. Ueberschreitet man die Schwelle, um welche sich alle Geheimnisse und Mysterien einer europäischen Staatsaction lagern, so kommt man in den großen Ballsaal des Reichskanzlerpalais — von dem wir meinen, daß sich noch viel besser in demselben tanzen

als Konferenzsaal lassen mußte. Es ist ein mächtiger, prachtvoller Saal von ungeheurer Höhe, der neunzehn Meter in der Tiefe und sechzehn Meter in der Breite hat. Von seiner Größe giebt es vielleicht einen Begriff, daß wenn er seinem legitimen Zweck, dem Tanzen dient, ihn zweihundertundfünfzehn Gasflammen erleuchten müssen. Heute ist sein Parkett mit schweren, imitierten persischen Teppichen bedeckt, auf denen der hufeisenförmige Berathungstisch steht. Dieser Tisch, an dem der europäische Friede zu stande gebracht werden soll, hat eine Länge von ungefähr fünfundsiebenzig Fuß und seine Seitenflügel mögen je 18 Fuß lang sein. Die Fenster des Kongresssaales gehen nach der Wilhelmsstraße. Damit auch von den gegenüberliegenden Häusern kein unberufener Blick sich in den Kongresssaal einschleichen möge, sind die Fenster mit Spitzgardinen verhängt. Die Diplomaten, die an der Haupttafel Platz nehmen, sitzen dem Fenster mit dem Rücken zugekehrt. Die Stühle sind bequeme Lehnstühle, aus Eichenholz geschnitten, mit grünem Leder überzogen und mit Armlehnen versehen. Die Stühle sind selbstverständlich für die Botschafter, für die Minister und für die vier auserlesenen Sekretäre, welche die Protokolle des Kongresses führen werden, völlig gleich. Die Mitte des Haupttisches nimmt der Sessel des Präsidenten, des Fürsten Bismarck ein. Ueber das Arrangement der anderen Plätze ist man ziemlich lange Zeit zweifelhaft gewesen. Man wollte gewisse Staaten nicht gerne zusammenbringen, und doch mußte ein „modus in rebus“ sein. Da kam man denn auf den Ausweg, die Staaten zwar nach den Buchstaben zu placieren, aber doch so, daß je einer rechts und der folgende dann wieder links von dem Fürsten Bismarck zu sitzen kommt. Die Staaten rangieren naturgemäß nach ihrer französischen Bezeichnung, so daß „Autriche“ als erster Staat mit seinen drei Vertretern zur Rechten, „France“, dem Alphabet nach der folgende, mit seinen drei Repräsentanten zur Linken des Reichskanzlers placiert. Auf diese Weise erreicht man es, daß die Türkei als letzte im Alphabet den letzten Platz einnimmt — und zwar gerade durch die ganze Breite der Flügeltische getrennt von dem der geographischen Lage und dem Alphabet nach benachbarten Rußland; ebenso ist diesem ingeniosen Modus zufolge England von Oesterreich, England von der Türkei und England von Rußland getrennt placiert.

„Die Zeit — die den Diplomaten vermutlich nicht lang werden wird — wird ihnen durch eine prächtige Uhr in einem mächtigen Gehäuse aus Schildpatt und Silber angezeigt, eine Uhr, die sonst hier nicht ihren Platz hatte und die aus den Privatziimmern des Fürsten in den Kongresssaal geschafft wurde. An den Enden der seitlichen Tische werden sich die drei eigentlichen Kongresssekretäre niederlassen; Herr v. Radowicz hat als Präsidentschaftssekretär seinen Sitz dem Fürsten Bismarck unmittelbar gegenüber. Da, wo das Hufeisen der Berathungstische offen ist, steht ein anderer, etwa achtzehn Fuß langer grüner Tisch. Auf ihm sind die mächtigen Landkarten niedergelegt . . . die füglich bei diesem Kongress nicht fehlen dürfen.“

Der Wahlsieg der Liberalen in Belgien.

Wie die Berichte aus Belgien übereinstimmend melden, kann man sich kaum einen Begriff von dem lebhaft wogenden Enthusiasmus machen, der gegenwärtig über den unerwartet glänzenden Wahlsieg der liberalen Partei Belgiens in Brüssel herrscht. Lauter Jubel herrscht dergleichen auch in allen größeren Provinzialstädten Belgiens. Hat doch die liberale Partei nicht bloß der seit dem Jahre 1870 bestehenden klerikalen Herrschaft ein jähes Ende gemacht, sondern der Umfang des Sieges übertrifft selbst die kühnsten Erwartungen der Liberalen. Höchstens hatten letztere darauf gehofft, die Mehrheit des Senats, welche schließlich bis auf drei klerikale Stimmen herabgesunken war, von rechts nach links zu verschieben und so eine Auflösung der Kammer notwendig zu machen. Statt dessen eroberten die Liberalen mit einem Schlage die Majorität in beiden Kammern, mit welcher sich schon regieren läßt. Beträgt dieselbe doch sechs Stimmen im Senat und zehn Stimmen in der Abgeordnetenkammer, während in Waremmen noch eine engere Wahl aussteht. Die Anzahl der Neuwahlen für den Senat betrug 38, da 11 Liberale und 23 Klerikale ausgeschieden, während zugleich über vier neue Sitze verfügt werden sollte. Es wurden nun 18 Liberale und 20 Klerikale gewählt, was die Zahl der erstern im Senat auf 36 erhöht und die der letzteren auf 30 herabmindert. Die Zahl der ausscheidenden Deputierten betrug 61, außerdem sollten 8 neue Sitze vergeben werden. Von den Ausscheidenden gehörten 35 der liberalen und 26 der klerikalen Partei an, an deren Stelle 49 Liberale und 19 Klerikale gewählt wurden. Die Kammer besteht somit jetzt aus 70 Liberalen und 60 Klerikalen.

Insbesondere sind es die Städte Gent und Antwerpen, welche diesen erfreulichen Umschwung herbeiführten. In der ersten dieser Städte brachte die freisinnige Partei ihre acht Kandidaten für die Kammer mit der beträchtlichen Majorität von mehr als fünfhundert Stimmen durch und eroberte zugleich den neu geschaffenen Senatsitz, während Antwerpen vier Sitze

in der ersten Kammer erlangte. Die Begeisterung über den errungenen Sieg ist zwar sehr groß, trotzdem kann das Publikum die ganze Tragweite des Sieges noch nicht übersehen. Der Präsident des Antwerpener Hauptwahlbureaus, ein eifriger Klerikaler, hatte sich nämlich geweigert, das Wahlergebnis zu proclamieren, indem er behauptete, daß einige Stimmzettel ohne hinreichende Gründe vernichtet worden wären. Als das Ministerium aber telegrafisch benachrichtigt wurde, daß die Opposition des Präsidenten Unruhen hervorzurufen drohte, befahl der Kabinettschef die Verkündung des Wahlergebnisses, die umsomehr stattfinden mußte, als selbst die Berücksichtigung der angeblich vernichteten Stimmzettel die von den Liberalen errungene Mehrheit (150 Stimmen) nur um einige Stimmen vermindert hätte. Was speziell die Hauptstadt betrifft, so war die Anzahl der Abstimmenden niemals so beträchtlich, dieselbe erreichte mehr als 13,000, da die Klerikalen alles aufgebieten hatten, um ihre Scharen diesmal zahlreicher als je an die Wahlurnen zu treiben, während die Liberalen sich kaum eifriger als früher zeigten. Nichtsdestoweniger konnten es die Klerikalen nur bis auf etwa 4400 der 13,000 abgegebenen Stimmen bringen. Kurz, das Wahlergebnis überhaupt ist ein in jeder Hinsicht glänzendes, denn auch in moralischer Hinsicht hat dasselbe eine ungemeine Wichtigkeit. Bekanntlich veranlaßte die Opposition die Vorlegung des Gesetzesentwurfes zur Beschränkung der Wahlumtriebe, indem dieselbe dem Kabinett und dessen politischen Freunden vorwarf, ihre Sitze nicht der freien Wahl, sondern der Bestechung der Wähler zu verdanken. Wenn nun bereits bei der ersten Anwendung dieses Gesetzes die Liberalen siegreich aus dem Wahlkampfe hervorgehen, so muß dies in der That als ein eclatanter Sieg der Liberalen bezeichnet werden.

Tagesneuigkeiten.

— (Affaire Wild.) Der Handlungsagent Bernhard Wild, welcher bekanntlich am Oftermontag gegen den Oberst-Stallmeister Prinzen zu Thurn und Taxis aus einem sechsläufigen Revolver zwei Schüsse abgefeuert hatte, wurde am 13. d., nachdem die Gerichtsärzte nach mehrwöchentlicher Beobachtung die Erklärung abgegeben haben, daß der Attentäter irrsinnig sei, der Polizeidirection zur weiteren Verfügung übergeben. Wild ist ungemein redselig geworden, spricht aber ganz verworren. Sein Auge funkelt unheimlich. Zwei Stunden später, nachdem der betreffende Beamte des Sicherheits-Bureaus die nothwendigen Anordnungen getroffen, wurde Wild in einen bereitstehenden Fiaker gehoben und unter Escorte zweier Detectives in die Landesirrenanstalt überführt. Als der Wagen dort hielt, weigerte sich der Irre, auszusteigen und verlangte, daß man ihn wieder ins Landesgericht zurücktransportieren möge. „Ich bin ein Kubelfälscher“, schrie er, „und gehöre ins Strafgericht.“ Erst nach längerem Bureden ließ sich Wild bewegen, das Coupé zu verlassen. Bald darauf befand er sich im Irrenhaus in der für ihn bereit gehaltenen Zelle.

— (König von Hannover.) Die Leiche des Königs von Hannover blieb am 14. d. M. in Paris den ganzen Tag in dem Hotel der „Rue de Presbourg“ ausgestellt; es war damals noch nicht entschieden, ob sie dann nach Hannover oder nach dem Schlosse Windsor in England gebracht wird. Der Prinz von Wales und der Herzog von Cambridge haben der trauernden Königsfamilie wiederholt Besuche abgestattet; dergleichen ist mit Rücksicht auf diesen Todesfall am 13. und 14. d. M. keiner der in Paris weilenden fremden Prinzen in der Weltausstellung erschienen, ein Zeichen der Theilnahme, von welchem sich selbst der Schah von Persien nicht ausschloß. Noch zwei Tage vor seinem Ableben erfreute sich der König von Hannover einer relativ guten Gesundheit und machte Vorbereitungen zu einem Auszuge nach den Pyrenäen, wo er eine im Vorjahre begonnene Kur fortzusetzen gedachte. Einer der ersten, der sich im Trauerhause, und zwar eine Stunde nach dem Tode des Königs, eingefunden, war der Prinz von Wales, der aber nur mehr die starren Hände seines Verwandten ehrerbietig küssen konnte. Das Gemach, in dem die Leiche aufgebahrt liegt, ist mit dem einem solchen Traueranlasse zukommenden Ernste ausgestattet. — Ein Korrespondent der „Nationalzeitung“ telegraphiert aus Paris, 13. Juni: „Der ehemalige König von Hannover ist mir noch vorgestern nachmittags im Bois de Boulogne in offener Kalesche begegnet. Derselbe hatte abends nach dem Diner noch längere Zeit im Salon verweilt, als er plötzlich von einer Art Ohnmacht befallen wurde. Die herbeigerufenen Aerzte erkannten sogleich, daß der König verloren wäre, indem allem Anscheine nach ein inneres Geschwür aufgegangen war. Am Mitternacht begann der Todeskampf, der Tod trat aber erst um halb 8 Uhr morgens ein. Der Herzog von Braunschweig soll telegraphiert haben, daß er durch ein Gichtleiden verhindert sei, hieherzukommen. Ein weiteres Telegramm meldet: Der Prinz von Wales hat sich auf telegrafischem Wege nach Berlin gewendet, um die Erlaubnis behufs Ueberführung der Leiche des Königs Georg nach Hannover zu erlangen. Im Falle einer Weigerung soll die Leiche des Königs von Hannover in Windsor beigesetzt werden. Der Trans-

port der Leiche nach dem Bahnhofe soll hier mit königlichen Ehren erfolgen.“

— (Das Budget der Pariser Weltausstellung.) Wie der „Temps“ erfährt, werden die Baukosten der Weltausstellung die Ziffer von 45.300.000 Frs., welche der Handelsminister dem Budgetausschusse in seinem Voranschlage bezeichnete, um 10 Millionen übersteigen. Dagegen glaubt man nach den bisherigen Erfahrungen auf folgende Einnahmen zählen zu dürfen; Eintrittskarten 14.000.000, Verkauf des Materials des Marsfeldpalastes 7, Subvention der Stadt Paris 6, Rückkauf des Trocaderopalastes durch die Stadt Paris 6, Abgabe der Cafés und Restaurants des Parks 3 1/2, Erträge der Trocaderokonzerter 1 Million, zusammen 34 1/2 Millionen. Rechnet man ferner das durch die Weltausstellung herbeigeführte Mehrerträgnis der indirekten Steuern auf 10 Millionen, so würde die französische Regierung bei dem ganzen Unternehmen nicht mehr als 10 oder 12 Millionen zugelegt haben. Es ist übrigens davon die Rede, die vier Facaden des Marsfeldgebäudes dauernd zu erhalten und nur die inneren Gallerien zu demolieren, um an ihrer Stelle einen Park anzulegen. Der Handelsminister und viele Senatoren und Abgeordnete sollen dem Projekte geneigt sein, welches aber sicherlich auf heftigen Widerstand bei dem Kriegsminister stoßen wird.

— (Gefährliches Spiel.) Die Hinrichtung des Stefan Rozsa hätte bald ein trauriges Nachspiel gehabt. Wie ein Augenzeuge erzählt, „spielten“ in Pest vor einigen Tagen mehrere Knaben im Alter von 5 bis 8 Jahren die „Hinrichtung Stefan Rozsa“, wobei die Rollen des Staatsanwaltes, des Scharfrichters Kozarel und seiner Leute und des Raubmörders Stefan Rozsa vertheilt wurden. Die Rolle des letztgenannten fiel dem fünfjährigen Sohn des in der Hatbanergasse Nr. 15 wohnhaften Goldarbeiters Tuchten zu. Dieser Rozsa in miniature wurde zum Tode durch den Strang verurtheilt und sodann von einem kleinen Kozarel ganz regelrecht mittelst einer Schnur aufgehängt, worauf die Kinder davonliefen. Zum Glück für den zappelnden Delinquenten kamen im selben Momente einige Personen hinzu, welche den Knaben vom sicheren Tode retteten. Noch heute ist am Halse des Geretteten der blaue Streifen von der würgenden Schnur sichtbar.

— (Thiere als Poststücke.) Deutsche Blätter bringen folgenden netten Aufsatz: Der Transport lebender Thiere auf weiteren Strecken macht bekanntlich den Büchtern und Liebhabern viel Sorge. Es war deshalb gewiß in ihrem Sinne gesprochen, als neulich ein Bericht über eine bedeutende Geflügelausstellung die besonderen Verdienste hervorhob, welche unsere am weitesten verbreitete Verkehrsanstalt, die Post, in dieser Hinsicht erwirbt, indem sie die Sendungen mit lebenden Thieren trotz der Schwierigkeit ihrer Behandlung zuläßt. Und die Zahl dieser Sendungen ist keineswegs gering; allein in der letzten Hälfte des vorigen Jahres sind, wie wir hören, rund 20,000 Behältnisse mit Sing- und Niervögeln, Tauben, Hühnern, Enten, Gänsen, Kaninchen, Mäusen, Hasen, Hunden, Katzen, Frettchen, Schlangen, Affen, Schildkröten, Bienen, Fischen, Protobilen, sogar Leoparden und Bären befördert worden. In den meisten Behältnissen haben sich mehrere, bei den Vögeln oft nach Dutzenden zählende Insekten befunden, so daß die Gesamtzahl der zur Versendung gekommenen Thiere eine ganz respectable sein muß. Obwohl nun dieselben oft recht bedeutende Strecken in den engen Räumen der Bahnpostwagen zurückzulegen hatten, so sind doch nur geringe Verluste zu beklagen gewesen. Nur wenig über 200 einzelne Thiere in etwa 60 Sendungen vor Reise nicht überstanden. Daß solche Verluste vorkommen sind, kann nicht Wunder nehmen, wenn man hören muß, daß Tauben in einen Sack eingeknallt, ein Kanarienvogel in einem Zigarrenstichchen, ein anderer in einem Pappschächtelchen zur Post gebracht wurde. Die Fertiger solcher Postsendungen dürften der Aufmerksamkeit der Thierschutzvereine zu empfehlen sein. Das im ganzen überraschend günstige Resultat ist unzweifelhaft hauptsächlich der Sorgsamkeit und Gütmüthigkeit des Postpersonales zu verdanken, welches die Thiere, wie wir selbst schon wahrzunehmen Gelegenheit hatten, oft mit dem nöthigen Wasser und Futter versorgt, sie vor Zugluft und Kälte schützt und sie beim Ein- und Ausladen besonders sorgsam behandelt. Diese freiwillige Mithewaltung des Postpersonales ist um so erfreulicher, als die Thiere dieselbe nicht immer durch ihr Verhalten verdienen, ihre Klagen über die Unbilden der Reise sind meist keineswegs Ohrenschmause; mehr aber noch als Beamten zu leiden haben.

Lokales.

Aus dem Gemeinderathe.

Laibach, 14. Juni.

(Fortsetzung.)

H. K. L. u. n.: Alles, was bisher zur Bertheiligung des Sectionsantrages vorgebracht wurde, zielt lediglich dahin, daß man sagt: die Staatsgesetze über das Schulwesen erfordern es, daß es so ist, wie es eben von uns verlangt wird. Ich glaube jedoch, wir dürfen uns nicht damit begnügen, allem zustimmen, selbst

wenn es uns unzukömmlich erscheint, es ist vielmehr unsere Pflicht, es offen zu sagen, daß uns die durch die neuen Schulgesetze aufgebürdeten Ausgaben drückend belasten, und in dieser Richtung Abhilfe beim Staate zu suchen. Wenn wir nichts zur Sache thun, dann werden diese Lasten dauernde werden, obwohl dieselben leicht erleichtert werden könnten, eben dadurch, daß man die Gesetze abändert, denn kein Gesetz ist gegeben, um für ewige Zeiten zu gelten, und bei jedem zeigt sich mit der Zeit das Bedürfnis, es in einzelnen Theilen abzuändern. Ich stelle daher den Antrag: Der Gemeinderath wolle sich an den Bezirksschulrath zu dem Zwecke wenden, damit letzterer höhererorts auf die Unzukömmlichkeiten aufmerksam mache, welche daraus für die höhere Schulbildung erwachsen, wenn die Kinder auswärtiger Gemeinden von der Aufnahme in die städtischen Schulen ausgeschlossen werden. Der Bezirksschulrath möge eine Aenderung der betreffenden Gesetze in dieser Richtung anstreben und überhaupt Gesetze in dieser Richtung, daß der Staat mehr für das Volksschulwesen thue als bisher.

Vizebürgermeister Dr. v. Schrey: Dem Antrage des Herrn Vorredners würde ich sehr gerne zustimmen, wenn ich annehmen könnte, daß derselbe irgend eine Aussicht auf Erfolg hat. Ich hätte gar nichts dagegen, wenn der Staat das gesammte Schulwesen in eigene Verwaltung übernehme, weil ich überzeugt bin, daß er für dasselbe jedenfalls mehr zu leisten im Stande wäre, als jene Factoren, denen das Gesetz gegenwärtig die Sorge dafür aufträgt, nämlich die Gemeinde und das Land. Wenn seitens eines der Herren Redner bemerkt wurde, daß die Uebungsschule als eine staatliche Anstalt durch ihre Erweiterung der Ueberfüllung der städtischen Volksschulen abhelfen könnte, so muß ich darauf erwidern, daß die Uebungsschule eine Anstalt ist, welche in erster Linie der Uebung der dort heranzubildenden Lehrer gewidmet ist, somit eine andere Aufgabe zu erfüllen hat, als die übrigen Volksschulen. Die Ueberfüllung der städtischen Volksschulen resultiert lediglich nur aus dem Umstande, daß die Gemeinde Schischka noch immer einer Schule entbehrt. Diesem Uebelstande wird aber in nächster Zeit durch Errichtung einer eigenen Schule abgeholfen werden, und damit werden auch alle Momente geschwunden sein, welche irgend einen der Herren Gemeinderäthe bestimmen könnten, für den Antrag des Herrn Klun zu stimmen.

H. Potočnik: Meiner Anschauung nach wäre es sehr am Platze, der hohen Regierung offen zu sagen, welche Konsequenzen das in theoretischer Hinsicht an und für sich vorzügliche Volksschulgesetz in praktischer Richtung nach sich zieht, und in wie schwerer Weise es die Gemeinden belastet. Trotz aller Vorzüge bietet es nämlich nicht die nöthige Garantie — wie dies der heutige Antrag beweist, — allen schulpflichtigen Kindern die Gelegenheit zur weiteren Ausbildung zu bieten.

H. Birker: Die Gründe, welche seitens mehrerer Redner gegen die neuen Volksschulgesetze vorgeführt worden sind, muß ich durchaus als nicht stichhaltig bezeichnen. Der Umstand, daß die städtischen Volksschulen jetzt zufällig überfüllt sind, ist sehr zu Ungunsten des Schulgesetzes ausgebeutet worden, jedoch mit Unrecht. Es bestehen heute in Krain 22 dreiklassige und vierklassige Volksschulen, und zudem kann jeder Schüler, wenn er die Befähigung besitzt, auch aus einer dreiklassigen Volksschule in die Mittelschule aufsteigen. Der Uebelstand der Ueberfüllung kann durch das Gesetz leicht behoben werden, indem das Volksschulgesetz selbst bestimmt, wo und wann vierklassige Anstalten zu errichten sind. Daß aber ein zufälliger häufiger Besuch unserer Volksschulen die Nothwendigkeit der Aenderung der Volksschulgesetze erheischt, davon bin ich nicht im mindesten überzeugt.

Referent H. Dr. Ritter von Kaltenegger: Der Antrag des Herrn H. Klun strebt eine Aenderung der Volksschulgesetze in der Richtung an, daß das Reich die jetzt dem Lande und den Gemeinden obliegenden Lasten übernehmen soll. Es ist wol außer Zweifel, daß auch bei diesem veränderten Patrone die Lasten für die Steuerträger die gleichen bleiben werden, da in jedem Falle die letzteren die Schule zu erhalten haben. Wir alle streben gewiß mit Wärme eine möglichst weitgehende Ausbildung unseres Volkes an, und da wir nun einmal diesen Zweck verfolgen, so müssen wir auch die Mittel wollen, die zu demselben führen. Durch den vorliegenden Antrag sind keineswegs alle Fremden von unseren Volksschulen ausgeschlossen, es werden nur diejenigen abgewiesen, deren Heimatsgemeinden nach dem Gesetze verpflichtet sind, selbst Schulen zu errichten, wie dies im vorliegenden Falle in erster Linie die Gemeinde Schischka ist. Wenn wir auch für den ersten Theil des Antrages des Herrn H. Klun stimmen würden, so hat derselbe doch nicht die geringste Aussicht auf Erfolg. Dagegen erkläre ich mich unbedingt für den zweiten Theil seines Antrages, welcher gegen die von Jahr zu Jahr spärlicher werdende finanzielle Unterstützung des Volksschulwesens seitens des Reiches gerichtet ist.

Bei der Abstimmung wird der Sectionsantrag sowie der zweite Theil des Antrages Klun angenommen, der erste Theil dagegen abgelehnt.

Der Referent der Schulsection, H. Dr. Ritter v. Kaltenegger, stellt weiters den Antrag: Die Uebertragung der Bezirks-Lehrerbibliothek in eine Lokalität der zweiten städtischen Volksschule sei zu veranlassen und für die Bezirks-Lehrerbibliothek in Laibach vom Beginne des Schuljahres 1878/79 an eine jährliche Dotation im Betrage von 30 fl. zu bewilligen.

H. Regali: Die beantragte Dotation für die Bibliothek der Lehrer muß ich als eine ganz unnothwendige bezeichnen, zumal in Laibach, wo die so reiche Lycealbibliothek jedermann, in erster Linie aber den Professoren und Lehrern zur Verfügung steht. Zudem sind auch die Herren Lehrer sehr gut bezahlt und besitzen also die Mittel, sich die ihnen dringend nothwendigen pädagogischen Werke selbst anzuschaffen. Auf dem Gebiete des Schulwesens schon man heutzutage kein Geld, und wenn man fragt, was die Kinder lernen, so ist die Antwort darauf doch eine sehr unbefriedigende. Die Kinder können trotz aller unzähligen Konferenzen, Bibliotheken und Remunerationen der Lehrer weder deutsch noch slovenisch. Vor 30 Jahren, als ich in die Schule ging, gab es von all' diesen Neuerungen, mit welchen wir heute fortgesetzt geplagt werden, gar nichts, aber wir haben in der Volksschule das gelernt, was man in derselben lernen soll, nämlich lesen, schreiben und rechnen. Ich bin daher gegen die Bewilligung jeder Dotation für die Bezirks-Lehrerbibliothek.

Referent H. Dr. Ritter v. Kaltenegger: Der Herr Vorredner hat zur Bekämpfung des Sectionsantrages auf die Benützung der Lycealbibliothek hingewiesen. Nun muß ich darauf bemerken, daß bei der Errichtung der Bezirks-Lehrerbibliotheken in erster Linie der Umstand im Auge gehalten wurde, daß dieselben jene Fachschriften enthalten (Nusse: Laibacher Schulzeitung!), welche in den Lycealbibliotheken voraussichtlich nicht zu finden sind. Uebrigens ist schon nach dem Gesetze jeder Schulbezirk zu Beiträgen für die Bezirks-Lehrerbibliothek verpflichtet, es kann daher höchstens über die Frage debattiert werden, ob der beantragte Betrag ein zu hoher oder zu geringer ist.

Bei der Abstimmung wird der Sectionsantrag angenommen.

Der Referent H. Dr. Ritter v. Kaltenegger stellt namens der Section folgenden Antrag: „Der k. k. Landeschulrath werde in Gemäßheit der Bestimmungen des § 6 des Reichsvolksschulgesetzes vom 14. Mai 1869 ersucht, zu bewilligen, daß die deutsche Sprache an den städtischen Volksschulen in Laibach neben der slovenischen als Unterrichtssprache in der Weise eingeführt werde, daß dieselbe schon in der zweiten Klasse dieser Schulen beim Rechnenunterrichte neben der slovenischen, in der dritten Klasse sowol beim Rechnen- wie beim deutschen Sprachunterrichte vorherrschend, endlich in den oberen Klassen von der vierten Klasse an für die Mehrzahl der Gegenstände als Unterrichtssprache in Verwendung genommen werde.“

H. Potočnik: Es wurden uns mehrere Anträge seitens der Schulsection vorgelesen, allein des Pudels Kern liegt eben in dem letzten Antrage, in welchem es sich um die vollständige Germanisierung unserer Schulen handelt. Meine Herren, ich bin ein dem Kaiserhause stets treu ergebener trainerischer Slovene, muß Ihnen jedoch offen erklären, daß ich um keinen Preis in der Lage bin, für den Antrag der Schulsection zu stimmen.

H. Klun: Ein so wichtiger Antrag, wie der uns heute vorliegende, bedarf einer eingehenden Erörterung. Wir müssen uns in erster Linie die Frage vorlegen, ist derselbe gerechtfertigt oder nicht? Was wurde zur Unterstützung des Antrages seitens der Section angeführt? Lediglich nur das Gutachten des Bezirksschulinspektors, welches mir jedoch zu wenig maßgebend erscheint, um auf Grund desselben einen Beschluß von so großer Tragweite zu fassen. Der Inspektor sagt in seinem Berichte, daß die Schüler zu wenig Deutsch lernen, ich frage Sie aber, meine Herren, wollen Sie dem einige Stunden umfassenden theoretischen Urtheile des Inspektors einen größeren Werth beilegen, als der Praxis der Volksschullehrer, welche sehr genau wissen, wie sie ihre Schüler unterrichten müssen, wenn sie überhaupt ihren Zweck erreichen wollen? Ich würde denn doch dem Urtheile der Lehrer den Vorzug geben gegenüber dem momentan erlangten Eindrucke des Bezirksschulinspektors. Seien Sie überzeugt, daß es unsern Lehrern sehr darum zu thun ist, die deutsche Sprache zu protegieren, schon aus dem Grunde, um sich in den heute maßgebenden Kreisen beliebt zu machen. Wenn aber trotzdem die Lehrer es selbst einsehen, daß, soll der praktische Unterricht nicht leiden, der Gebrauch der slovenischen Sprache nothwendig, ja dringend nothwendig ist, dann, meine Herren, werden und müssen Sie in der Thätigkeit der Lehrerschaft denn doch das Bestreben erkennen, daß es derselben — eingedenk der ihnen übertragenen heiligen Aufgabe — in erster Linie darum zu thun ist, daß unsere slovenische Jugend überhaupt etwas lernt. Wenn die Lehrer der Jugend in der Volksschule nur die deutsche Sprache beibringen sollen, dann wird letztere, wenn sie die Schule verläßt und ins praktische Leben eintritt, weder deutsch, noch slovenisch, noch etwas anderes können. Die Lehrerschaft der städtischen

Schulen leitet beim Unterrichte die Erfahrung, und gestützt auf diese, geht sie in jener Art und Weise vor, welche dem Herrn Bezirksschulinspektor unangenehm zu sein scheint, obwohl sie unter den gegebenen Verhältnissen die einzig wahre und praktische ist. Meiner Anschauung nach ist also kein Grund vorhanden, Petitionen an den Landeschulrath zu senden. Was werden Sie denn schließlich, wenn Sie dem vorliegenden Antrage zustimmen, erreichen? Weiter nichts, als daß Sie die kaum einigermaßen beruhigte Aufregung betreffs der Sprachenfrage von neuem ansuchen und daß Sie Gelegenheit bieten, das Volk neuerdings in einer Weise aufzuregen, die weder uns noch Ihnen erwünscht sein kann. Schließlich hegen Sie ja doch alle, so wie wir, den innigen Wunsch, daß unser Volk lernen soll und gebildet werde. Ist es Ihnen nun ehrlich und redlich um die Bildung des Volkes zu thun, dann opfern Sie das Hauptsächliche nicht dem Nebensächlichen und belassen Sie ohne alle Petitionen das Minimum des slovenischen Unterrichtes, welches in unseren städtischen Volksschulen noch zu Recht besteht, und stimmen Sie gegen den Antrag der Section. (Schluß folgt.)

— (Ausfuhrverbot.) Eine vorgestern publicierte Verordnung des k. k. Finanzministeriums vom 15. d. M. gibt bekannt, daß infolge Ministerrathsbeschlusses und im Einvernehmen mit dem königlich ungarischen Ministerium die Ausfuhr von Maulthieren über alle Grenzen der österreichisch-ungarischen Monarchie verboten wurde. Dieses Verbot tritt sogleich in Wirksamkeit.

— (Schulbezirk Voitsch.) Bei der heuer am 5. August in Idria stattfindenden Bezirks-Lehrerkonferenz des Schulbezirkes Voitsch kommen, einer Mittheilung der „Laib. Schulztg.“ zufolge, außer den üblichen Programmnummern nachstehende Gegenstände zur Verhandlung: 1.) Ist der Unterricht in den weiblichen Handarbeiten und in der Haushaltungskunde in der Volksschule nothwendig, und wie viel soll aus diesen Unterrichtszweigen gelehrt werden? 2.) Der Schreibunterricht in der Volksschule, mit darauf folgenden Demonstrationen. 3.) Ueber den landwirthschaftlichen Unterricht in der Fortbildungsschule. 3.) Wie soll sich der Lehrer gegenüber dem Volke betragen, um sich die gehörige Achtung bei ihm zu verschaffen?

— (Todesfall.) Die im letzten Jahre der Direction Kozky — Saison 1874/75 — am Laibacher Theater engagiert gewesene Altistin Fräulein Vertha Frey ist diesertage in Wien im Alter von 28 Jahren gestorben.

— (Hagelschlag.) Die Steuergemeinde Aich im politischen Bezirke Stein wurde durch einen am 6ten d. M. niedergegangenen Hagelschlag hart getroffen, indem die Feldfrüchte in einem Theile der genannten Gemeinde stark beschädigt wurden.

— (Um eines Kreuzers willen — ertrunken.) In der Ortschaft Untertalendorf bei Gottsche ereignete sich vor kurzem der folgende traurige Fall: Der 5jährige Sohn Josef des dortigen Grundbesizers Josef Semitsch lief in Gesellschaft mehrerer anderer Kinder im Dorfe spielend umher und fand bei dieser Gelegenheit einen im Straßenlothe liegenden Kreuzer. Da derselbe schmutzig war, so begab sich das Kind mit dem verhängnisvollen Kreuzer zu einer im Dorfe befindlichen, nahezu zwei Meter tiefen Wasserlache, um ihn daselbst zu waschen. Leider verlor das arme Kind hierbei das Gleichgewicht, fiel in das Wasser und ertrank darin. Die bald darauf herbeigeeilten Leute zogen es bereits als Leiche aus dem Tümpel. Anlässlich dieses bedauerenswerthen Vorfalles erging seitens der Bezirkshauptmannschaft an die Gemeinde der Auftrag, die betreffende Lache aus Sicherheitsgründen sofort ordnungsmäßig einfrieden zu lassen.

— (Feuer.) Im Wohnhause des Besitzers Franz Bostic in St. Georgen im Gurktfelder Bezirke kam am 27. v. M. ein Schadenfeuer zum Ausbruche, das den Dachstuhl nebst mehreren am Dachboden aufbewahrten Tischlerwerkzeugen einäscherte und einen Schaden von ungefähr 300 fl. anrichtete, gegen welchen der Besitzer nicht versichert war. Das Feuer wurde durch die herbeigeeilten Nachbarn in kurzer Zeit bewältigt; dasselbe soll durch unvorsichtiges Gebaren mit einem offenen Kerzenlichte am Dachboden entstanden sein.

— (Entsprungener Militärsträfling.) Der 22jährige, aus Oberbellach im Krainburger Bezirke gebürtige Sappeur zweiter Klasse des k. k. 2. Genieregiments, Johann Weier, ist vor kurzem aus dem Brigadearreste Nr. 2 in der Kofauer Kaserne in Wien, woselbst er sich wegen Desertion und anderer militärischer Verbrechen in Haft befand, entsprungen und wird flehentlich verfolgt. Man vermuthet, daß sich der Entsprungene nach Krain geflüchtet haben dürfte.

— (Balvasor.) Die Neuauflage der Balvasorschen Chronik „Die Ehre des Herzogthums Krain“ ist bereits bis zur 35. Lieferung vorgeschritten und dürfte somit noch im Laufe dieses Jahres vollendet vorliegen. Die beiden letztausgegebenen Hefte bringen das 5. und 6. Heft des fünften Buches: Von den alten und ältesten Einwohnern Krains nebst dem dazu gehörigen Anhang. Drei Abbildungen zieren die beiden Lieferungen. —

Unter einem machen wir über Wunsch der Verlags- handlung nochmals darauf aufmerksam, daß dieselbe für sehr elegante Einbanddecken besorgt hat, welche beim Berleger F. Krajer in Rudolfswerth sowie durch jede Buchhandlung um den Betrag von 2 fl. per Stück zu erhalten sind. Ein Exemplar dieser von H. Gerhold in Leipzig gelieferten Einbanddecken liegt uns zur Ansicht vor, und wir können nur bestätigen, daß dieselben in der That ebenso elegant als dauerhaft ausgeführt sind, so daß wir jedem Abonnenten dieses werthvollen heimathlichen Werkes die Anschaffung dieser Decke bestens empfehlen können.

(Werkkehr auf der Südbahn während der Pfingstfeiertage.) Der Personenverkehr auf der Südbahn war während der diesjährigen Pfingstfeiertage trotz der am zweiten Feiertage den lebhaften Verkehr beeinträchtigenden ungünstigen Witterung stärker als zu Pfingsten in den Vorjahren. Die Frequenz in der Wiener Lokalfreie befie sich am ersten Feiertage auf circa 59,000; am zweiten infolge des tagsüber eingetretenen Regens jedoch nur auf etwas mehr als 27,000 Personen. Mit den Vergnügungszügen, welche von Wien, Laibach, Triest, Cormons, Pola und Fiume aus zum Adelsberger Grottenfeste abgingen, wurden 2600 Personen, mit den Wien-Mürzzuschlager Vergnügungszügen an beiden Feiertagen zusammen 2100 Personen und mit dem Separatzuge von Graz nach Wien 600 Personen befördert. Im ganzen repräsentiert dies eine Frequenz von mehr als 91,000 Personen binnen 48 Stunden, deren Beförderung ohne irgendwelche Stockung oder Störung vonstatten ging.

(Für Touristen.) Unter dem Titel „Waldeheims Führer auf den österreichischen Alpenbahnen“ erschien soeben im N. v. Waldheim'schen Verlage in Wien ein sehr zweckmäßig eingerichtetes und leicht unterbringbares Touristenbüchlein, das der großen Schar der Vergnügungszügler nicht unwillkommen sein dürfte. Ein praktisches Reisehandbuch, in welchem der Reisende auf alles Interessante und Sehenswerthe unterwegs auf der Fahrt und in den von der Bahn berührten Orten und deren Umgebung, sowie auf die lohnendsten Ausflüge und die schönsten größeren Touren, welche von jeder einzelnen Station unternommen werden können, aufmerksam gemacht wird, in dem er auch manche praktische Winke, insbesondere in Bezug auf Unterkunft, Fahrgelegenheit, Bahnanschlüsse, Entfernungen zc. findet, erhöht nicht nur den Genuß auf der Reise, sondern setzt ihn auch in die Lage, ein zweckmäßiges Reiseprogramm zu entwerfen und seine, in den meisten Fällen knapp bemessene Zeit möglichst auszunützen. Das vorliegende, 163 Druckseiten umfassende Büchlein enthält außer einem sehr genau zusammengestellten Fremdenführer von Wien einen von Station zu Station fortschreitenden, auf alles Wesentliche aufmerksam machenden Wegweiser sämtlicher Linien der Süd-, West-, Gifel-, Rudolf-, Vorarlberger- und niederösterreichischen Südbahn. Der Preis desselben (75 kr.) ist mit Rücksicht auf den reichhaltigen, mit den neuesten Daten versehenen Inhalt sehr nieder gehalten.

(„Neue illustrierte Zeitung“) Die Nr. 38 dieses Blattes bringt folgende Illustrationen: Graf Peter A. Schwaloff. — Der neue Rudolfs-Brunnen in Innsbruck. Nach einer Photographie gezeichnet von F. F. Kirchner. — Das Attentat auf den deutschen Kaiser am 2. Juni 1878. — Der Zusammenstoß der deutschen Panzerschiffe „Großer Kurfürst“ und „Wilhelm“ in der Nähe von Folkestone. — Die Archäologen. Gemälde von Eduard Charlemont. Nach einer Photographie von Victor Augerer in Wien. — Pariser Weltausstellung 1878: Das englische Viertel in der „Rue Internationale.“ Die russische Fagade. — Letzte: Späte Vergeltung. Roman von Hieronymus Vorm. (Fortsetzung.) — Graf Peter A. Schwaloff. — Das neue Berlin. Von Dr. Adolf Brehle. II. — Pariser Weltausstellung 1878: Oesterreich im Industriepalaste. Von Max Nordau. II. — Das englische Viertel auf der Ausstellung. — Das zweite

Attentat auf Kaiser Wilhelm. — Die Katastrophe bei Folkestone. — Die Archäologen. — Ein Frauenliebding. Roman von E. v. Schwarz. (Fortsetzung.) — Der neue Rudolfs-Brunnen in Innsbruck. — Kleine Chronik zc.

Neueste Post.

(Original-Telegramm der „Laib. Zeitung.“)

Wien, 17. Juni. Das Abgeordnetenhaus nahm in dritter Lesung das Einführungsgefez zu den Ausgleichsgefezen an, womit letztere vom Hause vollständig erledigt sind.

Die „Pol. Korr.“ meldet aus Konstantinopel: Neuerlich ist eine griechische Freiwilligenschar in Thesalien eingebrochen. — Es heißt, die britische Flotte sei heute nach den Prinzen-Inseln abgegangen.

Berlin, 17. Juni. Die Kongresssitzung dauerte heute von 2 bis 5 Uhr; Gortschakoff hat derselben beigewohnt.

Berlin, 16. Juni. Dem Kongresse nahestehende Kreise wollen wissen, die Fortschritte rüchichtlich des Einvernehmens zwischen den Kongreßdelegierten seien weniger befriedigend. Die Türkei verweigert hartnäckig die Räumung der Donaufestungen, sich auf die Nichterfüllung der Friedensbedingungen russischerseits berufend. Mehrere Mächte, dieser Anschauung sich zuneigend, verlangen die Verpflichtung Rußlands, die türkischerseits eventuell geräumten Festungen nicht zu besetzen. In der morgigen Kongresssitzung soll die Räumungsfrage verhandelt werden.

London, 17. Juni. Im Oberhause sagte Richmond, das Memorandum des „Globe“ sei authentisch, aber unvollständig.

Berlin, 16. Juni. (Montags-Revue.) Die Einzelkonferenzen zwischen den verschiedenen Staatsmännern — die englischen Bevollmächtigten haben jedoch heute einen Ausflug nach Potsdam unternommen — dauern fort. Es hat eine allseitige Annäherung, die Aussichten auf Verständigungen eröffnet, stattgefunden. Ob jedoch eine wirkliche Verständigung erzielt worden, wird sich erst in den Plenarberatungen des Kongresses selbst zeigen. Die morgige Sitzung wird voraussichtlich größtentheils mit der Berathung der Modalitäten der Geschäftsbehandlung, der Feststellung der Abstimmungsart in der Reihenfolge der Verhandlungsgegenstände und der Wortertheilung sich befassen. Bezüglich des Vertrages von San Stefano soll ein förmlicher Revisionsplan, der, wie es heißt, von deutscher Seite entworfen werden soll oder schon entworfen ist, vorgelegt werden, nach welchem die einzelnen, in dem Vertrage behandelten Fragen nach Gruppen und Kapiteln getheilt zur Berathung gelangen sollen.

Berlin, 16. Juni. (Presse.) Bezüglich der bulgarischen Frage hat gestern noch eine Konferenz zwischen Beaconsfield, Schwaloff und Andrassy stattgefunden. Es scheint, daß das Verhältnis Südbulgariens zur Pforte noch der Regelung bedarf. In der bejarabischen Frage ist es entschieden, daß Rußland keine erheblichen Schwierigkeiten finden wird, seitdem England in diesem Punkte nachgegeben hat. Man erwartet, daß die morgige Kongresssitzung ohne erhebliche Differenzen verlaufen wird. Die Nachrichten von den Kämpfen an der Vojana haben hier sehr verstimmt.

Paris, 16. Juni. (Presse.) Mit der Anwesenheit des Grafen Crenneville, welcher dem Kronprinzen von Hannover die Condolenz des Wiener Hofes auszudrücken hat, werden Verhandlungen in Verbindung gebracht, wonach der Kronprinz unter Entsagung aller Rechte auf Hannover bevogen werden soll, nach dem Herzog Wilhelm den Thron von Braunschweig zu bestiegen. Unter dieser Bedingung würde der Welfenfonds zurückerstattet werden.

Paris, 17. Juni. (Triester Btg.) Eine Depesche vom 16. d. M. abends erwähnt nichts von einem

Zusammenstoße zwischen den Türken und den Montenegrinern und sagt nur, daß alle Chefs der herzogwünschen Insurgenten sich heute in Cetinje über Einladung Montenegro's versammelten. Montenegro befestigt einzig die Grenze von Albanien.

Petersburg, 16. Juni. Die heute stattgehabte allgemeine Versammlung der hiesigen deutschen Reichsangehörigen beschloß einen Aufruf an die deutschen Kolonien aller Erdtheile, als Liebesbeweis für Kaiser Wilhelm einen großen Fond zu sammeln behufs Ersetzung des „Großen Kurfürsten“ oder zu einem ähnlichen durch den Kaiser zu bestimmenden Zweck.

Cetinje, 16. Juni. (Pesse.) Wie bereits gemeldet, haben die Türken wiederholte Versuche gemacht, in dem von den Montenegrinern occupierten Territorium während des Kongresses einen Aufstand zu provocieren. Heute griff eine türkische Abtheilung die montenegrinischen Vorposten an der Vojana an, wurde jedoch zurückgeschlagen, wobei ein Theil der Angreifer abgechnitten und gefangen wurde.

Telegrafischer Wechselkurs

vom 17. Juni.
Papier-Rente 64.60. — Silber-Rente 66.35. — Gold-Rente 74.65. — 1860er Staats-Anlehen 114.—. — Bank-Actien 860. — Kredit-Actien 241.—. — London 117.10. — Silber 102.55. — R. f. Münz-Dukaten 5.59. — 20-Franken-Stück 9.37 1/2. — 100 Reichsmark 57.80.

Angekommene Fremde.

Am 17. Juni.
Hotel Stadt Wien. Fiedler, Major, sammt Gemalin, Ungarn. — Dr. Waas, Magistratsconscript, sammt Gemalin; Stainna, Privat; Schüller, Sekules, Graf, Hoffmann, Keller u. Daub, Kfste. Wien. — Brelsch, Viola, Agenten, und Walter, Fiume. — Edler v. Mikovik und Obermüller, Lieutenant, Götz, Benedikt, Beamter, und Burgstaller sammt Gemalin, Triest. — Stramer, Lieut., Landstrab. — Braune Joh., Braune Ignaz und Prampofch, Oberjäger, Gottschee. — Gddener, Oberjäger, Ortenegg. — v. Kofj, Oberlieut., Macaraca. — Stiotta, Major, Preßburg. — Seyferth und Sigall, Lieutenanten, Laibach. — Kreiner, Führer, Leobersdorf. — Piliz, Wärensberg. — Mischul, Kfm., Töpliz. — Jost, Bäckermeister, Gratwein.
Hotel Elephant. Klein, Kappel, Keif., Wien. — Jelowet und Gruden, Oberlaibach. — Kropat, Optm., Laibach. — Seelig, Vitronom, Amerika. — Stiotta, Budua. — Mejar, Herrero, Woch, Teistritz. — Erjchen, Steueramtsadjunct, Treßten.
Mohren. Schwarz, Triest. — Mikec, Kassenfuh. — Rodobnit und Meierhofer, Idria. — Vogl, Lieutenant, Innsbruck. — Jeselko, Leoben.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Richtung des Windes	Witterung
7 U. Mg.	731.84	+11.6	windstill		Regen
17. 2 „ N.	732.94	+16.6	D. schwach		bewölkt
9 „ W.	734.32	+12.6	D. schwach		heiter

Morgens und vormittags stark bewölkt, abwechselnd Regen, nachmittags Aufheiterung, Abendroth. Das Tagesmittel der Wärme + 13.6°, um 4.8° unter dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.

Für die innige Theilnahme an dem Verluste unseres theuersten Söhnchens

Vincenz

und für die sehr zahlreiche Betheiligung an dem Leichenbegängnisse sprechen wir allen unsern tiefgefühlten Dank aus.

Stein am 17. Juni 1878.

Vincenz und Ludovica Fischer.

Börsenbericht.

Wien, 15. Juni. (1 Uhr.) Die Börse war im allgemeinen sehr fest. Besondere Aufmerksamkeit wendete die Speculation der Rente zu. Actien der Nationalbank stiegen rapid.

Selb		Ware		Selb		Ware		Selb		Ware		Selb		Ware	
Papierrente	64.35	64.45	Galizien	86.50	87.—	Galizische Karl-Ludwig-Bahn	253.50	253.75	Österr. Nordwest-Bahn	89.—	89.25	Österr. Nordwest-Bahn	89.—	89.25	
Silberrente	66.25	66.35	Siebenbürgen	76.50	77.—	Kajchan-Oberberger Bahn	106.50	107.—	Siebenbürger Bahn	66.—	66.25	Siebenbürger Bahn	155.50	156.—	
Goldrente	74.60	74.70	Lemejer Banat	77.50	78.—	Lemberg-Czernowitzer Bahn	123.50	124.—	Staatsbahn 1. Em.	112.25	112.75	Staatsbahn 1. Em.	112.25	112.75	
Loft, 1839	334.—	336.—	Ungarn	78.35	79.75	Lloyd-Gesellschaft	489.—	491.—	Südbahn à 3%	94.25	94.50	Südbahn à 3%	94.25	94.50	
„ 1854	108.—	108.50	Actien von Banken.			Österr. Nordwestbahn	109.50	110.—	Südbahn, Bons			Österr. Nordwestbahn	109.50	110.—	
„ 1860	114.—	114.25	Anglo-Österr. Bank	110.25	110.50	Rudolfs-Bahn	118.—	118.50				Rudolfs-Bahn	118.—	118.50	
„ 1860 (Fünftel)	122.50	123.—	Kreditanstalt	235.30	235.40	Staatsbahn	260.75	261.25				Staatsbahn	260.75	261.25	
„ 1864	138.75	139.—	Depositenbank	154.—	155.—	Südbahn	78.50	79.—				Südbahn	78.50	79.—	
Ung. Prämien-Anl.	79.—	79.25	Kreditanstalt, ungar.	219.75	220.—	Theiß-Bahn	193.50	194.50				Theiß-Bahn	193.50	194.50	
Kredit-A.	165.—	165.25	Nationalbank	854.—	855.—	Ungar.-galiz. Verbindungsbahn	84.—	84.50				Ungar.-galiz. Verbindungsbahn	84.—	84.50	
Rudolfs-R.	14.50	15.—	Unionbank	66.75	66.50	Ungarische Nordostbahn	115.50	116.—				Ungarische Nordostbahn	115.50	116.—	
Prämienanl. der Stadt Wien	94.75	95.—	Verkehrsbank	106.—	107.—	Wiener Tramway-Gesellsch.	155.—	155.50				Wiener Tramway-Gesellsch.	155.—	155.50	
Donau-Regulierungs-Lose	104.—	104.50	Wiener Bantverein	94.—	94.50										
Domänen-Pfandbriefe	139.50	140.50	Actien von Transport-Unternehmungen.												
Oesterreichische Schatzscheine	98.50	98.75	Alföld-Bahn	119.50	120.—										
Ung. Gperz. Goldrente	90.15	90.25	Donau-Dampfschiff-Gesellschaft	450.—	452.—										
Ung. Eisenbahn-Anl.	100.25	100.75	Elisabeth-Westbahn	175.50	176.—										
Ung. Schatzbons vom J. 1874	112.25	112.75	Ferdinand-Nordbahn	215.—	216.—										
Anlehen der Stadtgemeinde			Frank-Joseph-Bahn	134.25	135.—										
Wien in B. B.	96.—	96.50													

Wachtrag: Um 1 Uhr 15 Minuten notieren: Papierrente 64.35 bis 64.45. Silberrente 66.25 bis 66.35. Goldrente 74.60 bis 74.70. Kredit 235.50 bis 235.75. Anglo 110.50 bis 111.—. London 117.35 bis 117.65. Napoleons 9.40 bis 9.41. Silber 102.75 bis 102.90.